

Hier konkret

Im Juni wurde bekannt, daß die Dresdner Polizei im Zusammenhang mit dem Naziaufmarsch und den entsprechenden Gegendemonstrationen im Februar flächendeckend Handydaten ausgewertet hat; bei Protesten gegen die Innenministerkonferenz in Frankfurt wurden Zivilbeamte enttarnt, die offenbar als *Agents provocateurs* eingesetzt waren. Und im jüngsten Ranking des »World Justice Project« steht Deutschland in Sachen Polizeigewalt nur ganz knapp besser da als Mexiko, Kolumbien und die Türkei. KONKRET sprach darüber mit dem Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizistinnen und Polizisten, Thomas Wüppesahl.

konkret: Sehen Sie in diesen Entwicklungen eine neue Qualität?

Wüppesahl: Ja, im negativen Sinne. Es ist schlechter geworden. Als wir uns als Kritische Polizisten gründeten, gab es auch schon reihenweise Übergriffe, und das nicht nur von ein paar schwarzen Schafen. Aber heute scheint bis in die höchsten Spitzen der Polizei hinein eine Verrohung des Rechtsbewußtseins eingetreten zu sein, ob bei Versammlungen, bei bestimmten SEK-Übergriffen oder dem Mißbrauch technischer Möglichkeiten. Es gibt zwar nach wie vor exzellente Fachbeamte, aber auch die können da nichts machen. Sie werden gegebenenfalls kaltgestellt. Gleichzeitig gibt es immer mehr Ermächtigungsgrundlagen für Eingriffe in die Bürger- und Freiheitsrechte. Das dritte

große Problem ist ein ständiger Qualitätsabbau in der Ausbildung.

konkret: Nun liegt es in der Natur einer Institution, die mit einer solchen Machtfülle ausgestattet ist, daß sich in ihren Strukturen ein, sagen wir: problematisches Verständnis von Rechtsstaat entwickelt. Könnte eine bessere Ausbildung dem wirklich entgegenwirken?

Wüppesahl: Im Zuge der '68er-Bewegung sollte ein gesellschaftspolitisches Bewußtsein bei den Polizeibeamten hergestellt werden; Mitte der siebziger Jahre beschloß die Innenministerkonferenz eine wissenschaftliche Ausbildung für den gehobenen Dienst – damit die nicht wie die Blindfische gegenüber den klugen Studenten dastehen, und damit sie wissen, warum sie welchen Job gerade zu machen haben. Das ist inzwischen alles wieder zurückgedreht worden. Aber natürlich: Neben einer guten Ausbildung ist vor allem auch Kontrolle nötig.

konkret: Gerade das scheint nicht erwünscht. Die Politik tut sich ja schon schwer, auch nur eine Kennzeichnungspflicht für Uniformierte auf Demonstrationen einzuführen, und wenn Beamte wegen Körperverletzung im Amt angeklagt werden, können sie ziemlich sicher mit einem Freispruch rechnen. Warum versagt hier das Prinzip der Gewaltenteilung?

Wüppesahl: Weil die Polizei die Drecksarbeit für die herrschenden Kräfte macht. Das wird in den Apparaten tatsächlich als »Sozialhygiene« gelabelt. Aus der Kriminologie wissen wir seit den sechziger Jahren: Die beste Kriminalpolitik ist eine gute Sozialpolitik. Und weil die Sozialpolitik auf den Hund gekommen ist, entwickeln sich sozial abweichende, unter anderem auch kriminelle Verhaltensweisen.

Und was die fehlende Kontrolle betrifft: Es existiert ein unerträglicher Schulterschluß mit der Polizei, von den Staatsanwaltschaften bis hin zu den Richterinnen und Richtern. Bei den Staatsanwaltschaften werden reihenweise Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeamte flachgehalten, möglichst gleich eingestellt. Es wird gar nicht ernsthaft ermittelt, denken Sie etwa an den Fall Oury Jalloh, der in einer Zelle verbrannte oder verbrannt wurde. Natürlich bräuchten wir eine Kennzeichnungspflicht, dazu Polizeibeauftragte, die analog zu den rechtlichen, sächlichen und personellen Möglichkeiten von Landesbeauftragten für Datenschutz ausgestattet sind. Und wir bräuchten Bundesbeauftragte für die Polizeien, also für die Bundespolizei und das BKA.

konkret: Vor allem antifaschistische Aktivisten beklagen eine Zunahme von Übergriffen, sei es in Form der Ausforschung wie in Dresden oder auch in Form von unmittelbarer Gewalt. Zufall?

Wüppesahl: Die Polizei ist rechtsdrehend. Selbst Sozialdemokraten haben es da schwer. Beim Beispiel Dresden ist es ja nicht nur Ausforschung antifaschistischer Arbeit; diese Funkzellenabfrage, die letztlich auf eine digitale Rasterfahndung hinauslief, wie man sie sonst bei Kapitalverbrechen kennt, hat auch Daten geliefert, die später für andere Strafermittlungsver-

fahren genutzt wurden. Der letzte Trottel im zweiten Ausbildungsjahr auf einer Landespolizeischule könnte runterbeten, daß das natürlich unverhältnismäßig und rechtswidrig war. Das gibt einen Vorgeschmack auf die uneingeschränkte anlaßlose Vorratsdatenspeicherung, die ja nach wie vor nicht vom Tisch ist.

konkret: Ein Zitat zur Frage der Kontrolle der Polizei, ebenfalls anläßlich der Vorfälle von Dresden: »Hinter der Forderung nach Kontrolle der Polizei steckt ein tiefsitzendes Mißtrauen gegen den Staat und unsere demokratische Ordnung.« Wer könnte das gesagt haben?

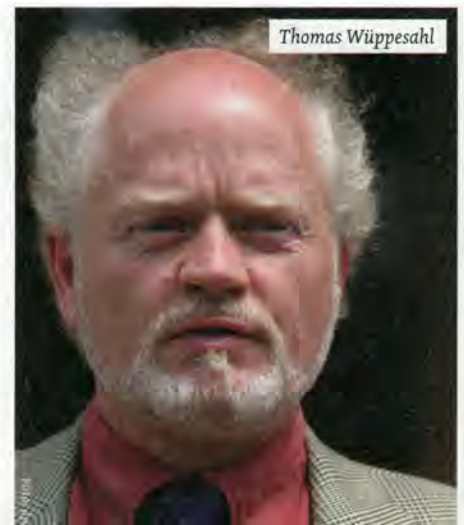
Wüppesahl: Da gäbe es viele – Polizeigewerkschafter, irgendwelche Innenpolitiker von CDU, FDP ... keine Ahnung.

konkret: Es war Rainer Wendt, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft.

Wüppesahl: Wendt ist ein hartes Kaliber. Nach dem Auftritt, den er nach dem Polizeieinsatz gegen die Stuttgart-21-Gegner am 30. September hingelegt hat, habe ich gesagt, daß da eigentlich nur noch gefehlt hat, daß ihm die rechte Hand hochgeht. Eine solche Äußerung kann er in einer Diktatur machen, aber nicht in einem pluralistischen, rechtsstaatlichen Gebilde, wie es die Bundesrepublik sein möchte. Das ist auch inhaltlich schräg, weil die Polizei ja ständig sagt, daß, wer nichts zu verstecken hat, auch Kontrolle nicht zu fürchten hätte. Aber wenn es um die notwendige Kontrolle der eigenen Leute geht ... – da wird vor Gericht gelogen, da werden Akten und andere Beweismittel wie Fotos oder Videoaufnahmen vernichtet usw. Wenn da Kollegen belastet werden, dann sind diese Unterlagen plötzlich weg. Gelöscht!

konkret: Haben Sie die Hoffnung, daß das jemals anders wird?

Wüppesahl: Die Hoffnung habe ich. So wie es Konjunkturzyklen in der Wirtschaft gibt, gibt es auch bürgerrechtliche Auf- und Abs. Problemfelder wie der Datenschutz werden langsam in größeren Teilen der Gesellschaft reflektiert, und so ist das auch mit der Polizei. So lange wir hier jedenfalls noch im Kern demokratische Zustände haben, so kritikwürdig sie auch sind, gibt es auch die Möglichkeit, auf Veränderungen hinzuwirken. Wir stehen gerade an einem solchen Punkt. Wir können die Polizei nicht abschaffen. Wir brauchen sie. Aber sie muß kontrolliert werden. ●



Thomas Wüppesahl